

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Dringender monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—, Erhalten tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zingelstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Dr. Zingelstraße 14, Tel. 1763.
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserte werden die 6spaltigen Zeilen mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 127.

Dresden, Donnerstag den 5. Juni 1913.

24. Jahrg.

Der preussische Landtag wird am 12. Juni zur formalen Eröffnungssitzung zusammentreten.

Auf dem Truppenübungsplatz Krus bei Löben wurden 24 Infanteristen vom Dickschlag betroffen. Fünf sind bereits gestorben.

In vielen Gegenden Deutschlands richteten Gewitterstürme und Ueberschwemmungen große Verheerungen an.

Im ungarischen Parlament wurde der oppositionelle Abgeordnete Heberbarth niedergeschlagen.

Im Kajaebonien ist es abermals zu bulgarisch-serbischen Zwischenfällen gekommen.

Lukacz' Sturz und die Niederfäbelung eines Abgeordneten.

Von unserem Korrespondenten.

th. Wien, 4. Juni.

Nun ist Lukacz am Ende seiner Bahn. Das Urteil des Gerichts, das Dabó freisprach, hat ihn gefaßt. Man kann in Ungarn ein Regiment blinder Gewalt und Ausrasterung führen, aber auch in Ungarn nicht als ein Mensch, dem richterlich nachgewiesen ist, daß man ihn von dem größten Panamische genannt hat. Zwei Stunden nach dem Urteilspruch hat die Regierung ihre Resolution beschlossen. Aber würdig ihres Wirkens ist sie heute vom Schauplatz getreten. Daß die Verhängung der Demission im Parlament sich mit der Niederfäbelung eines Abgeordneten im Sitzungssaal durch den Offizier der Parlamentswache vollzog, krönt das Lukacz'sche Schicksal der Parlamentsfäbelung.

Die Vorgeschichte des Prozesses, der endlich Ungarn von der Besetzung befreit hat, ist bekannt. Man weiß, daß nur ein blindes Ungeheuer den laubener Panamisch ans Licht brachte, den Lukacz noch als Finanzminister mit der Handels- und Kreditbankgesellschaft geschlossen. Diese hatte ihren Direktor Elek ermächtigt, einige Millionen bringen zu lassen und dann als „geheime Ausgaben“ zu buchen. Um aber seine eigene Bereicherung — bei dieser ergeblichen Gelegenheit — hinzuzufügen, wurde ihm der Minister Bajza als Aufsichtsratsmitglied zur Seite gestellt. Dem erwiderten die Anklagen des Kollegen verdächtig. Ein Schiedsgericht mußte den Abgang von 4700000 Kronen untersuchen. Es gelang es schließlich nachzuweisen, daß sie in die Kasse der Regierungspartei geflossen sind, als Entgelt für das gewalttätige Selbsterlöblich, Schwelgereien und ähnliches. Nur 140000 waren unredlich. Die Schiedsrichter waren seinen Argumenten auf Uebel, der über ihren Verbleib keine Auskunft geben konnte. Doch ganz Ungarn verurteilt heute in Lukacz den persönlichen Empfindungen dieses „Trinkgelds“.

Und nun sollte heute Lukacz zum letztenmal vor das Parlament treten, das er und Tisza zur Wuchstube erniedrigt haben. Schon gestern nacht kündigten Arbeiterbesammlungen die Erregung des Volkes an. Die Opposition behielt heute im Sitzungssaal zu erscheinen. Lausend Arbeiter der Ganzen Fabrik gaben ihr zum Reichstagsgebäude das Geleit. Der Polizeikommando drängte sie zurück. Nur die Abgeordneten wurden durchgelassen. Sie saßen in der Saal. Doch vor der Sitzung las hier Justiz das Manifest vor, das an die Untaten der Tisza-Lukacz'schen Zeit erinnert, alle Geleite dieses Regimes als ungültig erklärt die Wahl eines unabhängigen Präsidiums, die Wiederherstellung der Immunität der Abgeordneten, die Beteiligung des Volkes an den Entscheidungen Tisza'schen Wahlgesetzes und die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Stimmrechts heißt. Ruhe herrschte zunächst bis gegen 10 Uhr. Lukacz erschien. „Dob, Dob.“ — „Sie haben gestohlen“, scholl es ihm im Chor entgegen. Und der Kumult verhärtete sich noch, als Tisza, von den Seinen demonstriert begrüßt, den Präsidentschaft bestieg. „Dob, Dob“, rief es. „Schüste, zahlt die gestohlenen Gelder zurück.“ Undes notierte der Präsident die Namen derer, die er aus dem Saal wollte herausführen lassen. „Gutja (Gut) ein Kavaliere zahlt die gestohlenen Gelder zurück.“ Und dann ging's wieder los mit Rufen: „Salzdieb“, „Schweinefädel.“ Daß selbst tritt Tisza entgegen und ruft, er dürfe nicht verärgern, da er am Diebstahl teil habe. Der Präsident ließ eine Pause eintreten, zu welchem Zweck verriet ein Ausrufer, den Lukacz in den Wandelhallen tat: „Ich dünke, die Herren wollen die Parlamentswache erproben.“ Die Sache war verabredet. Denn die Reichstagskammer lernten sich wie auf Befehl. Nur die Opposition blieb im Saal.

Und nun kamen sie: behelmte Offiziere und ihre Soldaten. Ein höhnendes Gellö war ihr Einzugsmarsch. Dann aber geschah etwas, das jeden Mund stumm und alle Herzen loden machte. Während die Parlamentswache die Wandreihen der Opposition umginge und der Abg. Dr. Lehel Heber-

barth ihr dreimal „Psui“ zurief, sprang plötzlich hinter den Mannschaften der Parlamentswache, wo er bis dahin Stellung gefaßt hatte, Hauptmann Gerö vor und war, indem er vom Leher zog, mit einigen Sägen neben Lehel Heberbarth. Hauptmann Gerö rief: „Wer mich mit Peitschen beleidigt, den schlage ich nieder!“ Dann verlegte er dem Abg. Lehel Heberbarth drei Liebe. Einer der Sägeliebe kam einige Millimeter vor dem Auge Heberbarth nieder, der zweite war ein Flachhieb und schlug dem Betroffenen eine große Wunde am Hinterhaupt. Den dritten Hieb, der gleichfalls sach war, fing Heberbarth mit dem Arm auf. Andere Mitglieder der Parlamentswache sprangen, einem erhaltenen Befehl folgend, hinzufallen Heberbarth und trugen den Abgeordneten, der keinen Widerstand leistete, aus dem Saal.

Gerö entschuldigte später seine schamlose Brutalität mit der Lüge, Heberbarth habe nach der Lache gegoffen, um einen Revolver herauszulassen. Gerö erklärt, daß es im Sinne der Militärstrafprozedur sein Recht sei, jeden Injunkt, also auch ein Psui, zu rächen.

Unter den wenigen Oppositionellen, die noch im Saal waren, rief die schändliche Tat leidenschaftliche Protest hervor. Inzwischen aber wurden die von Tisza Ratierten aus dem Saal geführt. Darunter auch der alte Justiz. Da nun die Opposition gesamt eintrat, konnte die „ordnungsmäßige Sitzung“ wieder eröffnet werden und Lukacz seine Demissionsanfrage anbringen. Darauf wurde die glorreiche Sitzung vertagt.

Wahapok. 4. Juni. Der Freispruch Dabó's brachte Dienstag abend große Demonstrationen. 10000 Menschen zogen durch die Straßen Budapests und demonstrieren gegen die Regierung, ebenso heute, als sich die Kunde von der neuen Parlamentswahl verbreitete. Auf den Straßen herrschte äußerst reges Leben. Die Arbeiter großer Fabriken brachen schon um 8 Uhr die Arbeit; ungefähr 20000 Mann starr, zogen sie, immer verächtlich durch Arbeitlose und Hungerige, nach dem Parlament. Der dem Parlament stand ein großes Heer aus Militär, Gendarmen und Polizei. Die Arbeiter wurden zurückgedrängt, sie saßen auf große Hügel, hielten dort Versammlungen ab. Die Polizei ließ sie genöthigt der Vertheilung hoch vollständig.

Das Endergebnis der preussischen Wahlen.

Nur im 12. Berliner Landtagswahlkreis bleibt noch eine Stichwahl ausstehend, die auf den 9. Juni angesetzt ist. Die Stichwahl findet statt zwischen dem Fortschrittler Dr. Runge und unserem Vorkandidaten Eugen Ernst. Da die Fortschrittler eine Anzahl Wahlmänner voraus haben und da die konservativen Wahlmänner vermutlich Stimmeneinhalten über werden, so ist damit zu rechnen, daß das Mandat den Fortschrittler, die es auch bisher besaßen, nochmals erhalten bleibt.

Bei der gestern schon stattgefundenen Stichwahl in Brandenburg-Weichselnland zwischen konservativen und Fortschrittler traten die sozialdemokratischen Wahlmänner vollständig für den Fortschrittler ein. Dagegen leisteten sich die Nationalliberalen, um nicht zu „rabulieren“ zu erscheinen, den drei nationalliberalen Entschluß, von den drei Fortschrittler nur zwei und statt des dritten — einen konservativen zu wählen! So kam es, daß dieser Dreimännerkreis von dem konservativen Grafen v. Wedow und zwei Fortschrittler vertreten werden wird.

Das Endergebnis der Wahl stellt sich also wie folgt dar:

Konservative	148 (früher 155)	-7
Freikonservative	53	(60) -7
Nationalliberale	73	(65) +8
Fortschrittliche Volkspartei	39	(37) +2
Genirum	108	(108) 0
Polen	12	(14) -2
Dänen	2	(2) 0
Sozialdemokraten	10	(6) +4
Antisemiten	2	(0) +2
Stichwahl (Berlin XII)	1	(wähl 1) -1
	443	443

Die Verfassungsumsetzung des Landtags.

Das neue preussische Riessenhau ist wieder vorwiegend agrarisch. Eine große Zahl von Abgeordneten, 114, bescheidet sich selbst ausdrücklich als Landwirte. Aber hinter einer Reihe von anderen Bezeichnungen, wie Landrat, Ritterhofmeister usw., verbergen sich auch noch Agrarier. Wenn es werden von der Täglichen Rundschau dem Großgrundbesitz zugezählt. Verfassungsumsetzung wird der neue Landtag 22 als Mitglieder zählen; nicht eingeschrieben in diese Verfassungsumsetzung sind aber die Landräte, die für sich getrennt in einer Stärke von 35 Mann in den Landtag einzeln. Zu den Verfassungsumsetzung und Landräten kommt noch ein Duzend ehemaliges Staatsbeamten, vom Polizeikommissar und Ministerialdirektor bis herunter zum Oberförster. Auch ein Duzend Offiziere steht in den Landtag ein. Eine ganze Gruppe bilden auch die Juristen. Der Landtag wird nicht weniger als 31 Rechtsanwältinnen und 41 Richter zählen. Verhältnismäßig am schwächsten ist der Landtag mit 14 Abgeordneten vertreten.

Wahlberechtigte haben nur in 33 von den 276 Wahlkreisen (Stimmkreisen) abgegeben. Hierbei muß noch einmal daran erinnert werden, daß in 70 Kreisen mit 126 Mandaten überhaupt keine Gegenkandidaten aufgestellt waren. Unter den 443 Mitgliedern des Landtags sind noch nicht 100, die neu in das Parlament eingehen, und ein guter Teil von den neu Einziehenden vertritt das Mandat auch nur der Mandatwürdigkeit der Vorgänger oder dem freiwilligen Austausch zwischen befreundeten Parteigruppen.

In den Wahlbetrachtungen der Presse

zeigt sich nicht viel Besonderes. Die konservativen Blätter sind voll Freude über ihre „Siege“. Aber ihre Befriedigung hindert sie nicht, nun erst recht auf heftigste gegen die Fortschrittliche Volkspartei zu schmähen, weil sie sich bei den Stichwahlen mit der Sozialdemokratie verbündet hat. Die Kreuzzeitung z. B. sagt: „Das hinterlistige Verhalten der Fortschrittlichen Volkspartei ist einzig in der Geschichte der bürgerlichen Parteien.“ Das konservative Blatt entwirft sich über das Mandatschachergeschäft der Fortschrittler und demagogiert einen Angestellten des Kanals in des. Dr. Reumann, daß er besonders für die Zulieferung der drei Mandate in Barmen tätig gewesen sei.

Bemerkenswert ist sonst noch die Betrachtung des Berliner Tageblattes über die Nationalliberalen im neuen preussischen Abgeordnetenhaus. Es wird u. a. ausgeführt:

Man soll sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß die innere Struktur des neuen Hauses noch um ein gut Teil realitätsnäher geworden ist als die des alten. Das macht die nationalliberale Fraktion hat einen so starken Kauf nach rechts getan, daß sie so ziemlich reiflos über den Trennungstich gerollt sein dürfte, den auch der gemäßigteste Liberalismus zwischen sich und der konservativen Weltanschauung wahr ziehen müssen. Heute steht wirklich nichts mehr im Wege, daß die Plume des Nationalliberalismus, die bisher im Dunkel verweilte, sich in ihrer vollen Pracht im Lichte des Tages entfalte. Sinnbild: ein Ackerbau mit den drei J. Friedberg, Kuhnmann, Klotzmann. Der alte aus Schindler des Hühnerhals, der Manager des Nationalliberalen Reichstages, der Verwalter des industriellen Wahlhans, ein lebendige Illustration zu dem trefflichen Wort: Einmal liegt die Lippen...

Wer sich ein ehrlich liberales Herz begehrt hat, dem liegt eine andere Frage näher. Was für ein Interesse hat eigentlich die Fortschrittliche Volkspartei daran, dem altliberalen Erbschafts Erbeberg, Kuhnmann, Klotzmann zu so ungeahnten Erfolgen zu verhelfen? ... Irdenfalls wird man für einen künftigen Zeitpunkt, wenn er überhaupt Sinn haben soll, die Herbeziehung aufstellen müssen: in erster Linie sollte der ehrliche und konsequente Liberalismus die Verhängung mit der Arbeiterchaft erstreben. Erst wenn diese Verhängung gesichert ist, sollte als eine Sorge zweiten Ranges in Frage kommen, wo man mit den Nationalliberalen christlichen Zusammengehen kann, ohne die Geschäfte der Rechte zu verletzen. Denn der Wahlkampf etwas dargen hat, so ist es die Ungeordnetheit der bisherigen Fortschrittlichen Operationsbasis, als welche ein Zusammen mit den Nationalliberalen in erster Linie erstrebt wird. Ein Gemisch von Scharfmachern alter Schule, altnationalliberalen Punktehauern, Hauptgebern des industriellen Wahlhans, verärgerten Bauernführern und altdeutschen Ideologen genährt keinen sicheren Rückhalt. Man soll in künftigen Kämpfen die Operationsbasis nach links verlegen, das scheint ausdiesbeholder zu sein.

Ein Kuriosum.

Der bisherige Abgeordnete und Reichstagsmitglied Graf v. Schwerin ist, wie die Rheinische Zeitung erfährt, der Onkel des in Ober- und Niederhannau neugegründeten sozialdemokratischen Abgeordneten Konrad Haerlich. Da Graf Schwerin als Reichstagsmitglied als Reichstagsmitglied wieder gewählt wird, so dürfte es vielleicht zu recht komischen Situationen zwischen dem verbleibenden Onkel und dem neuen Abgeordneten kommen.

Die Einberufung des neuen preussischen Landtags auf den 12. Juni wird amtlich im Staatsanzeiger veröffentlicht. Sie ist erforderlich, da das alte Abgeordnetenhaus infolge der Anberaumung des Wahltermins vor Ablauf der Legislaturperiode aus formalen Gründen aufgelöst werden mußte. Der Artikel 51 der Verfassung bestimmt, daß die preussischen Kammern im Falle der Auflösung innerhalb 30 Tagen wieder verfassungsmäßig werden müssen. Die beiden Häuser des Landtags werden sich jetzt nur konstituieren und die gesetzgebende Arbeit erst im Winter beginnen.

Deutsches Reich.

Stiftungskapital und Einheitswucher.

Aus London wird uns geschrieben: Der Berliner Korrespondent der Times teilt nähere Einzelheiten mit über die kleinere Anleihe, auf die sich die chinesische Regierung — neben der großen Anleihe — mit österreichischen und deutschen Firmen geeinigt hat. Eine prächtige Transaktion das, neben der selbst das große internationale Ludergeschäft völlig verblüht! Laut dieses Vertrags gewährt die deutsche Firma Arnold Harberg u. Co. der chinesischen Regierung zwei Anleihen, die eine im Betrage von 2 Mill. Pfund Sterling, die andere im Betrage von 120000 Pfund, insgesamt also 3200000 Pfund Sterling. Demgegenüber kauft die chinesische Regierung zwölf Korrespondenten von der Firma Stabilimento Technico in Triest und sechs Korrespondenten von den Dittler-Brütern in